

# Liberaler Zeitung

## für Wandsbek

Juli 2009

FDP

Hamburg

Bezirksfraktion  
Wandsbek

**NEU: [www.fdp-fraktion-wandsbek.de](http://www.fdp-fraktion-wandsbek.de)**

### Liebe Wandsbeker,

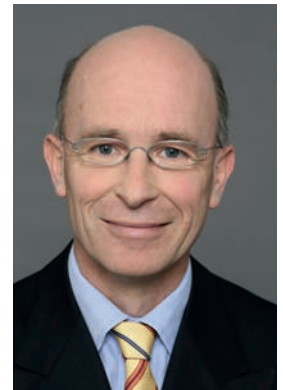
seit der letzten Ausgabe unseres Fraktionsorgans, der Liberalen Zeitung, ist wieder eine Menge passiert. Damit Sie zukünftig auch zwischen den Erscheinungsterminen der Liberalen Zeitung über die Arbeit der Fraktion informiert sind, schalten wir am 01.07.2009 unsere Website live. Unter [www.fdp-fraktion-wandsbek.de](http://www.fdp-fraktion-wandsbek.de) finden Sie nicht nur die Kontaktdaten der Abgeordneten und Ausschussmitglieder sondern auch alle Anträge, Pressemitteilungen und sonstigen Aktivitäten. Unser Dank gilt Frau Mock, die dies in mühevoller Kleinarbeit aufgebaut hat und weiter pflegen wird. Es ist schön zu sehen, wie unsere kleine Fraktion auf Betriebstemperatur kommt. Zahl und Qualität unserer Anträge und Anfragen werden immer besser. Unsere Präsenz im Bezirk wird nicht zuletzt aufgrund des unermüdlichen Einsatzes von Frau Lafrenz (Den Beitrag „Aus dem Terminkalender einer Bezirksabgeordneten“ finden Sie in Kürze auf unserer Homepage.) zunehmend spürbar. Das gleiche gilt für unsere Wirkung in der Bezirksversammlung. Die klare Haltung der FDP-Fraktion hat maßgeblich dazu beigetragen, dass es beim Bürgerbegehren Kirchenkoppel in Bergstedt kurz vor dem anstehenden Bürgerentscheid doch noch zu einer Einigung zwischen Bezirkspolitik und Bürgerinitiative gekommen ist, um die sich die Politik zuvor mehrere Jahre bemüht hatte. Dadurch wurde einerseits das Wiederaufleben des alten Baustufenplans mit erheblich höherer Bebauung vermieden. Andererseits wurden die Rechte der Eigentümer nicht mehr als unter den gegebenen Umständen

unvermeidlich eingeschränkt. Ähnliches gilt für das Bürgerbegehren Streekweg, bei dem ebenfalls eine Einigung mit den Hamburger Wasserwerken zustande gekommen ist. Gestatten Sie mir hierzu eine persönliche Anmerkung. Auch Bürgerinitiativen müssen deutlich machen, inwieweit ihr Anliegen dem öffentlichen Interesse dient. Dieses öffentliche Interesse abzuwägen, ist die vornehmste Aufgabe der Politik, die dafür über die alleinige Legitimation verfügt. Dies kann die Politik aus meiner persönlichen Sicht auch gegenüber Bürgerinitiativen ruhig etwas selbstbewusster vertreten.

Erfreulich entwickelt sich auch die Zusammenarbeit der Fraktion mit den Kreisen und Mitgliedern in Wandsbek aber auch mit dem Landesvorstand und den Landesfachausschüssen. Hervorzuheben ist dabei der Kreis Wandsbek, der zuletzt in Sachen Drogenhilfeeinrichtung Schädlerstrasse einen druckreifen Antrag lieferte. Gut läuft auch bereits die Zusammenarbeit mit Herrn Haensch in Sachen U-Bahn/Stadtbahn sowie mit Frau Kaesbach im Bereich Soziales und Sport. Um den Kontakt zur Partei, aber auch zu Vertretern von Vereinen und anderen öffentlichen Organisationen zu verbessern, planen wir zukünftig themenorientierte Gesprächsabende. Einzelheiten hierzu erfahren Sie nach der Sommerpause.

Herzliche Grüße

Ihr  
Dr. Klaus Fischer  
Vorsitzender FDP Bezirksfraktion



Dr. Klaus Fischer

IMPRESSUM:

Verantwortlich: Dr. Klaus Fischer  
Redaktion: Christoph Schmidt, Dr. Thomas-Sönke Kluth,  
Uschi Mock  
Layout & Druck: Druck & Medien Kontor Fahlbusch + Hamelberg GmbH,  
Rotenburg (W.), 042 61 / 855-130

Herausgeber: FDP-Bezirksfraktion Wandsbek  
Wandsbeker Marktstraße 42, 3. OG  
22041 Hamburg  
Tel. 25 49 88 14 · Fax 25 41 88 05  
[geschaeftsstelle@fdp-fraktion-wandsbek.de](mailto:geschaeftsstelle@fdp-fraktion-wandsbek.de)

**Bürgersprechstunde:**  
jeweils donnerstags  
von 14-16 Uhr  
Rufen Sie uns gerne an oder  
vereinbaren Sie einen Termin.

## FDP in der Bezirksversammlung Wandsbek und deren Ausschüssen

Nachstehend finden Sie eine Auswahl von Anträgen, die von der FDP eingebracht wurden oder an deren Beschlussfassung die FDP maßgeblich beteiligt war. Vieles mag ihnen belanglos vorkommen. Kommunalpolitik besteht allerdings weitgehend aus solchen und ähnlichen kleinen Dingen des täglichen Lebens, die sich kaum unter Aspekten einer politischen Richtung einordnen lassen. In vielen Fällen geht es schlicht um die praktische Vernunft.

Zu einem Bericht über die Arbeit der Koalition gehören abseits der Parteiprogramme auch die tagesaktuellen Debattenbeiträge und Beschlussfassungen. So hatte die FDP beispielsweise einen erheblichen Anteil an der außergerichtlichen Einigung mit der Bürgerinitiative gegen die Bebauung der Bergstedter Kirchenkoppel.

Ob die Arbeit von den FDP-Wählern als Erfolg gewer-

tet wird, wird sich erst bei der nächsten Wahl zeigen. Bis dahin stellt sich die Frage, auf welche Art und Weise Bürger, Wähler, Parteimitglieder und Mandatsträger miteinander Informationen austauschen und kommunizieren.

Die Presselandschaft in Hamburg ist hinsichtlich kommunalpolitischer Berichterstattung leider fast völlig auf kostenlose Anzeigenblätter beschränkt. Nur "Skandalmeldungen" wie die Berichterstattung über das Bordell in Wandsbek schaffen es in die größeren Tageszeitungen.

Die vorliegende kleine Publikation möchte einen Anfang machen. Auf der örtlichen Webseite der FDP-Fraktion Wandsbek finden Sie ab sofort alle Anträge und Anfragen sowie auch die E-Mail-Adressen aller Fraktions- und Ausschussmitglieder. Wir hoffen auf Ihre Anregungen und Wünsche.

## GAL Wandsbek: Reglementieren und kontrollieren!

Dr. Thomas-Sönke Kluth



Dr. Thomas-Sönke Kluth

Unübersichtliche Vorschriften und Verfahren behindern Bürger und Unternehmen bei Bautätigkeiten. Mit der zum 1. April 2006 in Kraft getretenen Neufassung der Hamburger Bauordnung ist ein erster Schritt getan worden, diesen Missstand abzubauen. Für verfahrensfreie Vorhaben nach § 60 HBauO ist eine Prüfung und Genehmigung durch die Bauaufsicht nicht mehr erforderlich. Bei einem vereinfachten Verfahren nach § 61 HBauO beschränkt sich die Prüfung der Bauaufsicht im wesentlichen auf die Zulässigkeit des Vorhabens nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches und des Bebauungsplanes. Beide Bestimmungen entbinden den Bauherrn aber nicht von der Pflicht, die Anforderungen der Hamburgischen Bauordnung wie auch alle anderen für das Vorhaben geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften einzuhalten. Aber eben in eigener Verantwortung und ohne umfassendes Prüfungsverfahren durch die Bauaufsicht.

So viel bürgerliche Eigenverantwortung ist grüner Weltsicht nicht geheuer. Die GAL-Fraktion Wandsbek hat daher einen Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, in dem sie die Verletzung von naturschutzrechtlichen, denkmalschutzrechtlichen und nachbarschützenden Vorschriften durch das vereinfachte Verfahren nach § 61 HBauO kritisiert. Daher sollte die Bezirksverwaltung auch bei Bauanträgen nach dem vereinfachten Verfahren diese Vorschriften zukünftig obligatorisch mit prüfen.

Dieser Antrag ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst stellt die GAL damit Bauherrn, Architekten und Bauhandwerksbetriebe unter einen Generalverdacht, vorsätzlich gesetzliche Vorschriften zu verletzen. Worauf die GAL diese Behauptung stützt ist offen, denn die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt will überhaupt erst im Verlaufe dieses Jahres mit einer Evaluation in Bezug auf die neue HBauO 2006 beginnen. Dies wiederum lässt nur die Schlussfolgerung zu, dass die GAL ihre Behauptungen nicht auf Fakten stützt, sondern auf Ideologie. Zum anderen stellt der Antrag der GAL eine glasklare Aufforderung zum Rechtsbruch dar. Denn § 61 Absatz 2 Nr. 1 bis 4 HBauO regelt abschließend, welche Kriterien die Bauaufsicht im vereinfachten Verfahren zu prüfen hat. Die Berücksichtigung weiterer Vorschriften durch die Verwaltung würde nicht nur den beabsichtigten Effekt einer Vereinfachung und Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens aufheben, sondern wäre auch rechtlich fehlerhaft. Der Antrag ist aber auch ein Beispiel für grüne Gesellschaftspolitik: Misstrauen gegenüber bürgerlicher Selbstverantwortung und Vertrauen in staatliche Aufsicht. Das Motto der Grünen lautet unverändert: Reglementieren, kontrollieren, abkassieren. Dieser GAL-Antrag gehört jedenfalls unverzüglich und ökologisch korrekt in die gelbe Tonne.

## Bauprüfausschuss Walddörfer

Christoph Schmidt

Vorab kurz zum Verständnis: Die Verwaltung erteilt Baugenehmigungen bzw. ablehnende Baubescheide nach geltendem Baurecht. Dieses Baurecht wird nicht im Bauprüfausschuss gesetzt. Allerdings gibt es desöfteren Unklarheiten bzw. einen gewissen Ermessens- oder Gestaltungsspielraum. Solche Vorhaben werden im Bauprüfausschuss behandelt.

In diesem Ausschuss werden rund 80% der Vorgänge einstimmig beschlossen, entlang dessen, was die Verwaltung ausgearbeitet und vorgeschlagen hat. Im Ausschuss herrscht ein kollegiales Klima, es kommt nur selten zu umfangreicheren Debatten oder parteipolitisch motiviertem Streit. Der Bauprüfausschuss fasst seine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Die Abstimmungsergebnisse werden zahlenmäßig protokolliert, das persönliche Abstimmungsverhalten der Ausschussmitglieder soll in jedem Fall vertraulich bleiben. Für diejenigen, die alle paar Jahre zur Wahlurner gerufen werden, stellt sich an dieser Stelle die Frage, für wen und warum sie ihr Kreuzchen machen dürfen. Ich halte es daher unter Beachtung der Vertraulichkeit dennoch für opportun, die Arbeit des FDP-Vertreters im Bauprüfausschuss im Verhältnis zu den anderen Parteien tendenziell darzustellen. Jegliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Kindertagesstätten, Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen werden generell von allen Fraktionen stark unterstützt. Leider stößt der Bauprüfausschuss hier teilweise an rechtliche Grenzen. Im Koalitionsvertrag mit der CDU ist eine "behutsame Nachverdichtung" vereinbart. Hier werden ab und an politische Überzeugungen und Prioritäten sichtbar.

Die eigentlich Konservativen sitzen meiner Ansicht nach im Bauprüf auf der linken Seite. Egal, ob es sich um ein privates oder öffentliches Bauvorhaben bzw. um Wohn- oder Gewerbebau handelt, die Bewahrung des Ist-Zustandes hat oberste Priorität. Steht eine Baumaßnahme im Konflikt mit einem oder mehreren Bäumen, ist mit etlichen Nein-Stimmen zu rechnen.

Bei meinen Entscheidungen sind Bäume nicht unwichtig, sind aber ein Faktor unter mehreren. Bauräger, Investoren und private Bauherren zählen nicht zu den natürlichen Feinden der FDP. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf meiner Ansicht nach nicht außer Acht bleiben, dass auch in der Bauwirtschaft viele Arbeitsplätze auf der Kippe stehen.

Für Hamburg insgesamt haben Faktoren wie Einwohnerzahl, Zuwanderung, Kaufkraft und Steueraufkommen eine wichtige Bedeutung.

Es ist nicht egal, ob eine junge Familie ein bezahlbares Reihen- oder Doppelhäuschen innerhalb der Stadtgrenze findet oder erst im Speckgürtel im nahen Schleswig-Holstein.

Auch aus grüner Sicht wirft ein täglicher Pendelverkehr von 50 bis 100 km zur Arbeit Fragen auf. Maßvoll verdichtete Bauformen (zum Beispiel Reihenhäuser, Doppelhäuser, drei- bis fünfgeschossige Siedlungsbauten von Genossenschaften) verbrauchen weniger Bauland, benötigen weniger Heizenergie und bringen maßvolle Wegstrecken zum örtlichen Einzelhandel bzw. zu Kindergärten und Schulen mit sich, die man noch zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen kann.



Christoph Schmidt

## Bezirksversammlung

### Bundeszuschüsse und Trassen für U-Bahn nach Bramfeld erhalten (Stadtbahn)

Das Bezirksamt wurde mit den Stimmen von FDP und CDU gebeten, sich beim Senat dafür einzusetzen, dass

1. die Fördermittel gemäß GVFG unverändert für die U-Bahn-Trasse Barmbek - Bramfeld erhalten bleiben,
2. ein neuer Generalverkehrswegeplans erstellt wird (einstimmiger Beschluss)
3. die für den Ausbau des U-Bahnsystems vorgesehenen Trassen für die U-Bahn freigehalten und insbesondere nicht durch die Stadtbahn bebaut werden.

*Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nimmt zu dem o.g. Beschluss wie folgt Stellung: Mit der Stadtbahn soll der ÖPNV in Hamburg um ein hochattraktives, schnelles und komfortables Schienenverkehrsmittel ergänzt werden, dessen Herstellungskosten weit unterhalb der Kosten für*

eine U-Bahn liegen. Ihre Realisierung hat daher höchste Priorität.

Zu 1.: Das U-Bahnvorhaben Barmbek – Steilshoop – Bramfeld ist bislang im GVFG-Bundesprogramm 2008 – 2012 wie bereits in den Vorläuferprogrammen in der Kategorie C („vorbehaltlich der Vorlage von Unterlagen bedingt in das Programm aufgenommen“) aufgeführt. Über das weitere Vorgehen im Hinblick auf diese Anmeldung ist noch nicht entschieden.

Zu 2.: Der letzte Verkehrsentwicklungsplan stammt aus dem Jahre 2004. Die Verkehrsentwicklungsplanung wird künftig – wie im Masterplan Industrie verankert – als kontinuierlicher Prozess durchgeführt. Die dafür erforderliche Konzeption wird in der BSU erarbeitet.

Zu 3.: Der erste Streckenabschnitt der Stadtbahn berührt die im Flächennutzungsplan ausgewiesene Trasse für die U-Bahnverbindung Bramfeld – Barmbek in der Gründungsstraße im Bereich des Steilshooper Einkaufszentrums. Eine Anbindung des Steilshooper Zentrums an die Stadtbahn ist unabdingbar und nur an dieser Stelle sinnvoll.

### Straße nach Gyula Trebitsch benennen

Einstimmig folgte die Bezirksversammlung dem FDP-Antrag, im Rahmen der umfangreichen Bau- und Umgestaltungsmaßnahmen der Lettow-Vorbeck-Kaserne (BP Jenfeld 23) eine Straße oder ein Platz nach dem am 12. Dezember 2005 in Hamburg verstorbenen Filmproduzenten Gyula Trebitsch zu benennen.

### Wandsbeker Kulturpreis 2008 an Felix Mendelssohn-Jugend-sinfonieorchester

Auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Dr. Klaus Fischer wurde mit den Stimmen von FDP, CDU und SPD bei Enthaltung der GAL und unter Abwesenheit der Linken der Wandsbeker Kulturpreis 2008, der mit einer Zuwendung in Höhe von 2.000 Euro aus Kulturmitteln verbunden ist, an das Felix Mendelssohn Jugendsinfonieorchester verliehen. Der Preis wurde im Rahmen einer Feierstunde in der Bezirksversammlung übergeben.

### P&R Parkplatz Meiendorfer Weg

Mit den Stimmen von FDP und CDU wird das Bezirksamt um eine zügige Bearbeitung der betreffenden Bauanträge, insbesondere betreffend das P+R-Haus gebeten, sobald die Unterlagen hierfür vollständig vorliegen.

2. Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der BSU dafür einzusetzen, dass
  - a) die P+R-Gesellschaft und der Investor endlich die vollständigen Planungsunterlagen einreichen.
  - b) Sollte die Finanzierung bis zum 31.03.2009 nicht gesichert und der Verkauf des Grundstücks bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen sein, ein neuer Investor gesucht wird,
  - c) für diesen Fall eine provisorische Herrichtung der gesamten Fläche als Parkplatz aus dem Etat der BSU erfolgt, damit der Parkplatz bis zu einem tatsächlichen Baubeginn zumindest provisorisch genutzt werden kann. Dabei ist auch eine ausreichende Beleuchtung sicherzustellen.

### Der Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus

fordert die zuständige Behörde auf, mit dem Bau der geplanten P+R-Anlage Meiendorfer Weg zügig zu beginnen. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nimmt zu der Beschlussempfehlung der BV sowie des WVT wie folgt Stellung:

Zu 2a.): Die P+R-Betriebsgesellschaft hat alle erforderlichen Unterlagen eingereicht. Auf die Einreichung von Unterlagen für den Wohnungsbau durch den Investor hat die BSU keinen Einfluss.

Zu 2b.): Die Kosten für die Umgestaltung der P+R-Anlage Meiendorfer Weg übersteigen nach Schätzung der P+R-Betriebsgesellschaft bei Berücksichtigung der Forderungen von Forderungen des Wohnungsbauinvestors den vorgegebenen Verfügungsrahmen gemäß Bürgerschaftsdrucksache 18/7551. Die BSU ist dafür, dass das P+R-Haus entsprechend den mit dem Wohnungsbauinvestor getroffenen Verabredungen errichtet wird. Eine Bürgerschaftsdrucksache über die Kostensteigerung und zur Beschlussfassung über die Finanzierung wird erarbeitet.

Zu 2c.): Entfällt.

### **Aufwertung der Bushaltestelle „Beerbuschredder“**

*Der einstimmig von allen Parteien mit getragene FDP-Antrag,*

1. das Straßenbegleitgrün an der Bushaltestelle „Beerbuschredder“ der Linie 476 (Fahrtrichtung Lemsahl) zeitnah soweit zurückzuschneiden, dass der bestehende Wartebereich von Fahrgästen – insbesondere auch von Rollstuhlfahrern oder Eltern mit Kinderwagen – voll genutzt werden kann.
2. den Rückschnitt des Straßenbegleitgrüns in regelmäßigen Abständen durchzuführen, um eine Situation wie oben beschrieben zu vermeiden.
3. die Straßenlaterne hinter der Haltestelle ebenfalls frei zu schneiden, so dass zumindest eine indirekte Beleuchtung des Haltestellenbereichs erfolgt, wurde zwischenzeitlich umgesetzt.

### **Wandsbeker Jugendparlament**

Einstimmig fasste die Bezirksversammlung folgende Beschlüsse:

1. Die BV Wandsbek führt jährlich eine Veranstaltung „Jugend im Parlament“ durch.
2. Über die Konzeption und Finanzierung des Jugendparlaments entscheidet der Hauptausschuss.
3. Die Verwaltung stellt sicher, dass die Planung und Durchführung der Veranstaltung „Jugend imParlament“ gewährleistet ist.
4. Um die Veranstaltung für die Jugendlichen Wandsbeks möglichst interessant zu gestalten, werden in der politischen Bildung erfahrene Jugendliche gebeten, die ehrenamtlichen Aufgaben der Jugendparlamentsbeauftragten zu übernehmen.

Der Antrag, Herrn Jan-Christopher Witt zu bitten, bis Ende 2010 die Aufgabe des Jugendparlamentsbeauftragten zu übernehmen, wurde bei Stimmgleichheit von FDP/CDU und SPD/GAL/Die Linke abgelehnt.

*Die Geschäftsstelle der Bezirksversammlung hat zwischenzeitlich entschieden, das Jugendparlament in diesem Jahr wegen der Bundestagswahl nicht mehr durchzuführen, sondern im nächsten Jahr durch das Präsidium zu organisieren.*

### **„Girls Day“ durch „Career Day“ für Mädchen und Jungen ersetzen**

Die Bezirksversammlung stimmt dem folgenden Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grüne/GAL und der Fraktion Die Linke zu.

Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, dass zukünftig statt eines „Girls' Day“ ein „Career Day“ für Mädchen und Jungen angeboten wird. An diesem Berufsorientierungstag erhalten Mädchen und Jungen die Gelegenheit, verschiedene Berufsbilder kennenzulernen.

2. Das Bezirksamt Wandsbek wird gebeten, mit gutem Beispiel für die Schulen und Unternehmen im Bezirk voran zu gehen, und im Rahmen einer Beteiligung am ersten „Career Day“ am 23. April 2009 eine gleiche Anzahl an Plätzen für Mädchen und Jungen anzubieten.

Das Bezirksamt wird - angeregt durch den Beschluss der BV - ab sofort im Rundschreiben ausdrücklich auf die Möglichkeit hinweisen, dass auch Jungs ein Einblick in den Berufsalltag einer Behörde verschafft werden kann und zusätzlich um die Benennung von besetzbaren Plätzen bitten, die vom Personalservice vermittelt und auch der Fachbehörde benannt werden. .... Aufgrund der im Bezirksamt vorhandenen Aufgaben und Arbeitsplätze ist es für größere Aktionen, im Gegensatz zu großen Forschungseinrichtungen, Lehrwerkstätten etc., nicht geeignet. Dennoch kann bei genügend Anmeldungen eine zentrale Begrüßung und Information der Interessierten geplant werden.

### **Patenschaften von Schulklassen und Senioreneinrichtungen**

Auch wenn es in vielen Familien noch selbstverständlich ist, dass sich die Generationen z.B. bei der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Müttern und Vätern unterstützen und einander helfen, lässt der gute Zusammenhalt der Generationen in unserer Geellschaft allgemein häufig zu wünschen übrig. Vor dem Hintergrund, dass Generationenübergreifende Projekte außerhalb von Familien die Ziele unterstützen, dass jede Generation Verständnis für die Belange, Wünsche und Probleme der anderen hat und dass Kompetenzen und Potenziale für die Leistungsfähigkeit aller Generationen genutzt werden, wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grüne/GAL und der Fraktion Die Linke folgender Beschluss gefasst:

1. Prüfung durch die zuständige Behörde, ob und wenn ja unter welchen Trägern es bereits entsprechende Patenschaften zwischen Jung und Alt gibt.
2. Ausschreibung und Erarbeitung eines Kriterienkatalogs zur Bewertung eines Wettbewerbs, an dem sich Kindergärten, Schulen, Alten- und Pflegeheime, medizinische Einrichtungen (z.B. ältere Ärzte unterrichten Kinder praxisnah in Physik) beteiligen können.
3. Preisverleihung durch eine fachkundige Jury im Rahmen einer Feierstunde in der Bezirksversammlung.

*Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz hat die Ausrichtung eines Wettbewerbs für generationenübergreifende Projekte in Wandsbek fachlich begrüßt und dem Bezirksamt vorgeschlagen, den notwendigen Kriterienkatalog eigenständig zu entwickeln.*

### Zusätzliche Mittel für die Stadteilkultur 2009

Im Zuge der Aufstockung der Rahmenzuweisungen für die Stadteilkultur durch die Bürgerschaft entfällt auf Wandsbek ein Anteil von 129.000 Euro. Bei der Verteilung der bereitgestellten Mittel wurden bereits genehmigte Zuwendungen für 2009 aus den Wandsbeker Projektmitteln berücksichtigt. Die zusätzlichen Mittel werden nach Antragstellung durch die Träger verteilt auf die Begegnungsstätte Bergstedt, Bramfelder Kulturladen, Freie Kulturinitiative Jenfeld, AGDAZ Steilshoop, Bürgerhaus Meiendorf, Interessengemeinschaft Lentersweg, Sasel-Haus, Geschichtswerkstatt Bramfeld sowie Bürgerhaus Wandsbek. Auf Anregung der FDP-Fraktion werden ca. 18.000 Euro als Kultursondermittel zur Verfügung gestellt.

### Ehrenamt verdient Anerkennung

Besonders engagierte Menschen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich um ihre Mitmenschen, um soziale, sportliche, gesellschaftliche oder auch kulturelle Belange kümmern, verdienen eine besondere Anerkennung. In Zeiten leerer Staatskassen ist die Gesellschaft - sind wir - darauf angewiesen, dass gemeinwohlorientierte Tätigkeit nur durch aktive ehrenamtliche Unterstützung gut funktioniert. ... Mit den Stimmen von FDP und CDU wurde der FDP-Antrag beschlossen, die Verwaltung aufzufordern, die Ehrenamts-Card als Zeichen des Dankes und der Wertschätzung einzuführen für alle diejenigen, die sich in besonderer Weise für die Gesellschaft ehrenamtlich engagieren.

### Beachweek auf dem Wandsbeker Markt

Da die Umwandlung des Wandsbeker Marktes in eine Schlittschuhbahn bzw. einen Weihnachtsmarkt im Dezember bei den Bürgern Wandsbeks sehr gut angekommen ist, gab es auch hinsichtlich des Managements des QUARREE Wandsbek Überlegungen, für Kinder, die keine Möglichkeit haben, mit ihren Eltern in die Ferien zu fahren, im August eine Beachweek zu veranstalten. Ein Mix aus Event, Animation und Präsentation sowie ein tägliches Gewinnspiel, Beach-Soccer-Cup und Schatzsuche sollten das Angebot abrunden. Deshalb stellte die FDP-Fraktion den Antrag, zur Prüfung, inwieweit ideell, organisatorisch und/oder finanziell Mittel für die Veranstaltung der Beachweek zur Verfügung gestellt werden können, damit der Wandsbeker Markt zu einem interessanten Mittelpunkt des Bezirks wird, wurde in den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Tourismus überwiesen.

## Regionalausschüsse

### Wandsbek-Kern

#### Verkehrssituation Wandsbeker Schützenhof/Rauschener Ring

Einstimmig wurde auf Antrag der FDP-Fraktion die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, den Rauschener Ring in eine Einbahnstraße umzuwidmen, die vom Wandsbeker Schützenhof Richtung Voßkuhlen führt. Durch eine solche Regelung würde der Verkehr nur in eine Richtung gelenkt und Beinaheunfälle und Pöbeleien durch Autofahrer vermieden.

### Walddörfer

#### Bahnhofsvorplatz am U-Bahnhof Trabrennbahn neu gestalten

Das Bezirksamt Wandsbek wurde einstimmig aufgefordert, zeitnah die Qualität des öffentlichen Raumes vor dem Zugang zum U-Bahnhof Trabrennbahn durch das Aufstellen von Sitzgelegenheiten zu verbessern. Darüber hinaus sollen für die zwei nicht mehr vorhandenen Bäume Ersatzpflanzungen vorgenommen werden, sobald die Witterungsverhältnisse dies erlauben.

#### Schutzbügel zur Sicherung des Bürgersteigs an der Bushaltestelle „Speksaalredder“ aufstellen

Das Bezirksamt Wandsbek wurde einstimmig aufgefordert, zur Absicherung des südlichen Endes des Bürgersteigs auf der westlichen Seite der Straße „Poppenbüttele Chaussee“ im Zuge der Bushaltestelle „Speksaalredder“, einen Schutzbügel aufzustellen.

*Dieser Beschluss wurde im März 2009 durch das Bezirksamt umgesetzt.*

### Ausbau und Beleuchtung des Fußweges am „Spechtort“ im Zuge des Neubaugebietes Hinsenfeld

Das Bezirksamt Wandsbek wird mit den Stimmen von FDP, CDU und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Grünen/GAL aufgefordert zu prüfen, den bestehenden Fußweg entlang der Straße „Spechtort“ in Lemsahl-Mellingstedt zu einem gemischten Fuß- und Radweg auszubauen und diesen durchgehend zu beleuchten. Die erforderlichen Baumaßnahmen sollen spätestens zum Zeitpunkt des ersten Bezuges von neuen Wohneinheiten im Rahmen des Neubaugebietes „Hinsenfeld“ abgeschlossen sein. Das Bezirksamt teilt zum o.g. Beschluss Folgendes mit:

*Die Situation vor Ort ist dem Bezirksamt bekannt. Die Planung und bauliche Umsetzung eines gemischten Geh- und Radweges wird im zuständigen Fachamt Management des öffentlichen Raums prioritär eingeordnet und entsprechend abgearbeitet.*

*Bezüglich der Installation einer Beleuchtung ist der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) zu befragen. Im Rahmen einer Planung wird das Bezirksamt den LSBG einbeziehen. Die Verkehrssicherheit vor Ort ist derzeit nicht gefährdet.*

### Eingeschränktes Parkverbot vor dem Bahnhof Hoheneichen

Der einstimmige Beschluss des Regionalausschusses, in der Straße Von-Kurtzrock-Ring ein eingeschränktes Parkverbot auf beiden Straßenseiten, einzurichten, wurde wie folgt abgelehnt:

*„...Nach erfolgter Prüfung durch die örtlich zuständige Straßenverkehrsbehörde des PK 35 ist somit festzustellen, dass die rechtlichen Voraussetzungen zur Anordnung eines eingeschränkten Haltverbots in der Straße Von-Kurtzrock-Ring (derzeit) nicht vorliegen und der Empfehlung der Bezirksversammlung Wandsbek nicht entsprochen werden kann. Das PK 35 wird die Verkehrssituation in diesem Bereich selbstverständlich weiterhin aufmerksam.“*

### Werbesäulen im Regionalbereich

Der Antrag auf Entfernung oder Versetzung der Werbesäule am der Standort-Nr. W-S-6097 (Am Gehöckel/ Alte Landstr.111) stellt eine starke Sichtbehinderung beim Linkseinbiegen auf die Alte Landstraße für die Verkehrsteilnehmer aus der Straße Am Gehöckel wurde einstimmig beschlossen.

*Das Bezirksamt antwortet am 15.05.09 wie folgt:*

*„Gemäß dem daraufhin eingegangenen Antwortschreiben kann die Firma dem Begehren nicht folgen, da vor der Aufstellung eine explizite Standortbegutachtung/-auswahl mit den Fachdienststellen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, der Behörde für Inneres (Polizei) und des Bezirksamtes stattgefunden hatte. Bei der Standortauswahl wurde vornehmlich auf die erforderlichen und freien Sichtdreiecke/Sichtbeziehungen sowie zu vermeidende Beeinträchtigungen auf Fußgänger und Radfahrer geachtet. Aufgrund dieser Tatsache kann das Bezirksamt die Aussage der Firma nachvollziehen.“*

## ■ Interfraktionelle Anträge

### Öffnung der Einbahnstraße unter der U-Bahnbrücke am Volksdorfer Markt (CDU, FDP und SPD)

Zu dem einstimmigen Beschluss von CDU-, FDP- und SPD-Fraktion bei Enthaltung der GAL-Fraktion gefassten Beschluss, die Einbahnstraße unter der U-Bahnbrücke am Volksdorfer Markt aufzuheben, die „Nase“ vor den Bushaltestellen, die als Sprunginsel dient, zu entfernen und dort wieder einen Fußgängerweg einzurichten sowie die Einmündung der Farmsener Landstraße in die Claus-Ferck-Straße so zu gestalten, dass der Begegnungsverkehr sicher möglich ist, nimmt die Polizei Hamburg wie folgt Stellung:

Bei dem betreffenden Straßenteil handelt es sich um die Farmsener Landstraße zwischen der Zufahrt zum P&R-Haus und der Claus-Ferck-Straße. Dieser Straßenteil ist als Einbahnstraße von der Claus-Ferck-Straße in Richtung Kreisel Farmsener Landstraße/Halenreihe ausgeschildert. An einer

Stelle ist die Fahrbahn baulich auf den Fahrstreifen in Einbahnstraßenrichtung eingeeengt.

*Das Polizeikommissariat 35 als Straßenverkehrsbehörde sieht unter den Gesichtspunkten Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs keine Veranlassung, eine Änderung der momentanen Verkehrsführung zu fordern. Ferner stehen die derzeitigen baulichen Gegebenheiten einer Aufhebung der Einbahnstraßenregelung entgegen.*

*Sollte die Bezirksversammlung Wandsbek dennoch eine Öffnung der Farmsener Landstraße zwischen Kreisel und Claus-Ferck-Straße für den Zweirichtungsverkehr weiterhin in Erwägung ziehen, sei von hier darauf hingewiesen, dass dazu ein Straßenumbau erforderlich ist. Die notwendig werdende Umbauplanung und deren Realisierung liegen nicht in der Zuständigkeit der Polizei.*

**Beleuchtung des Verbindungsweges zwischen Im Wiesengrund und Rahlstedter Weg (CDU, FDP, GAL und SPD)**

**Der einstimmige Beschluss der Bezirksversammlung wurde durch das Bezirksamt wie folgt beantwortet:**

*Die Beleuchtung des Verbindungsweges zwischen Im Wiesengrund und Rahlstedter Weg wurde auf Priorität eins gesetzt.*

*Die am 22.01.2009 von der Bezirksversammlung beschlossene Prioritätenliste zur Beleuchtung in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen wurde in der 7. Kalenderwoche mit der Bitte um Umsetzung an die zuständige Fachbehörde weitergeleitet.*

**Instandsetzung bzw. Neugestaltung der Außenanlagen der VHS im Alstertal (SPD, CDU und FDP)**

Die von den Fraktionen geforderten Mittel für die Instandsetzung bzw. Neugestaltung der Außenanlagen der Volkshochschule im Alstertal wurden durch die Behörde für Schule und Berufsbildung abschlägig beschieden: „Die Kosten für eine Pflasterung des Vorplatzes und die gärtnerische Anlage des Areals wurde von der Volkshochschule Ost ermittelt. Sie belaufen sich auf ca. 40.000 Euro. Seitens der Behörde für Schule und Berufsbildung stehen zurzeit keine Haushaltsmittel für die Durchführung der Maßnahme zur Verfügung.“

**Dauerhafte Sicherung der Rahlstedter Kulturwochen (SPD, CDU, GAL, FDP, Die Linke)**

Die Bezirksversammlung hatte der Fachbehörde empfohlen, die Durchführung der Rahlstedter Kulturwochen im Wege einer jährlichen Förderung im Haushaltsplan 2009/2010 sicherzustellen.

Der Ausschuss für Finanzen und Kultur hat in seiner Sitzung am 23.06.09 einstimmig die Bewilligung von Kulturmitteln in Höhe von 5.000 Euro beschlossen.

**Aufnahme des Herrenhauses Farmsen (Berner Heerweg 162, ehemalige Ortsdienststelle) in die Denkmalliste nach § 5 Denkmalschutzgesetz (SPD, CDU, GAL, FDP, Die Linke)**

Die Bezirksversammlung hatte sich einstimmig für die Aufnahme der Immobilie mitsamt ihrem Ensemble in die Denkmalliste nach § 5 des Denkmalschutzgesetzes ausgesprochen.

*Die Behörde für Kultur, Sport und Medien teilt zur o.g. Beschlussempfehlung mit, dass das Unterschutzstellungsverfahren für das Herrenhaus Farmsen vom Denkmalschutzamt eingeleitet wurde. Über die Dauer des Verfahrens können zur Zeit noch keine Auskünfte erteilt werden.*

**Anfragen wurden u.a. gestellt zu den Themen:**

Tagesmütter und -väter, Bachpatenschaften, Schilderwald in Wandsbek, Obdachlose Menschen in Wandsbek, Telekom baut 100 Telefonzellen ab, Parkplätze im Bereich PK 37, Werbesäulen im Regionalbereich, Hotel/Seniorenheim im Hildeboldtweg, Mehr Transparenz bei Immobilienverkäufen, Lehrermangel an Wandsbeks Schulen. **Alle Anfragen finden Sie unter [www.fdp-fraktion-wandsbek.de](http://www.fdp-fraktion-wandsbek.de).**

**Grußwort von Rolf Salo**

**Landesvorsitzender der FDP Hamburg, für die Liberale Zeitung, FDP Wandsbek**



Seit einem Jahr regiert in Wandsbek eine Koalition der Mitte. Mit unserer Arbeit im größten Hamburger Bezirk beweisen wir Liberale, dass wir den Worten auch Taten folgen lassen. Die bürgernahe Politik, die wir nicht nur in Wandsbek,

sondern in allen Bezirksversammlungen betreiben, ist eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des Landesverbandes. Ein kompetentes Team, das vor Ort gute Politik macht – so werden wir unseren Weg in Hamburg fortsetzen, zum Wohl unserer schönen Stadt Hamburg.

Mit liberalen Grüßen  
Ihr Rolf Salo